

Der »Westen« und russischer Neo-Imperialismus

Kann Russland die NATO und die EU entzweien?

Seit dem 8. August hat sich die Lage in Europa für alle sichtbar verändert. Einige Kommentatoren sehen die Konsequenzen für die Region, aber vor allem für die internationale Politik ähnlich dramatisch wie durch die Attentate der Terroristen am 11. September 2001 in Amerika. Die Russen unter Putin haben gezeigt, dass sie bereit sind, massiv militärisch zu intervenieren, um einem Land wie Georgien mit einer demokratisch gewählten Regierung die freie Entscheidung für eine Orientierung nach Westen in die Nordatlantische Allianz und die Europäische Union zu verwehren. Denn das ist das eigentliche Ziel und die klare Botschaft an die Allianz und die Europäische Union – bei aller russischen Argumentation mit dem Schutz russischer Soldaten, der Wiederherstellung des Friedens und des Völkerrechts und der »Bestrafung« Georgiens für die Tötung russischer Soldaten sowie dem Eingreifen gegen einen angeblichen georgischen Genozid an der südossetischen Bevölkerung.

In der New York Times vom 18. und der Washington Post vom 17. August wird recht ausführlich geschildert, dass sich diese Zuspitzung seit 2004 über 2006 und dann seit der Rede Putins auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 verstärkt hat und in den Monaten seit April 2008 von den Russen zielgerichtet ins Auge gefasst worden ist. Die Historiker werden klären, wann und in welcher Weise einerseits Fehleinschätzungen des georgischen Präsidenten und seiner Regierung, v.a. zum Einsatz von vier Brigaden gegen Tschinvali und Südossetien und andererseits die planvolle Vorbereitung der Russen (u.a. mit Truppenverstärkungen in Südossetien und Abchasien) auf eine Situation wie am 7. August zu dem russischen Feldzug gegen Georgien geführt haben.

So bedeutsam diese Frage für die politische Analyse und Entscheidungsfindung ist, geht es jetzt um weiterreichende Aspekte, insbesondere für die Nordatlantische Allianz, die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika, kurz gesagt den »Westen«. Wird, kann und will der »Westen« die Souveränität eines demokratischen Georgiens nicht nur verbal fordern, sondern auch dafür einstehen? Wird der »Westen« das politisch-militärische Veto gegen die freie Entscheidung Georgiens für eine Politik der angestrebten Mitgliedschaft in der Allianz und in der EU hinnehmen oder bereit sein, dieses Streben weiter aktiv zu unterstützen? Oder



Russische Soldaten in der georgischen Stadt Gori.

Foto: dpa

wird der »Westen« das aggressive Verhalten Russlands, das ja nicht den »Abzug«, sondern den »Rückzug« aus Georgien ankündigt, vor sich selbst eher zur Erklärung nutzen (bei der einen oder anderen Regierung sogar mit Erleichterung), dass jetzt auf absehbare Zeit konkrete Schritte für die Mitgliedschaft Georgiens nicht ins Auge gefasst werden können oder gar dürfen?

Wird der Westen erkennen, dass dies nur ein erster Schritt des wieder erstarkten Russland war und andere gegenüber dem so genannten »nahen Ausland« folgen werden und dass deshalb eine Politik gegenüber den Staaten des Südkaukasus, der Ukraine, aber auch – abgestuft – Zentralasiens verfolgt werden muss, die diese Länder gegen Pressionen aus Moskau stärkt und sie nicht – wegen westlicher Untätigkeit oder Ohnmacht – gegenüber dem »neuen (alten) Russland« zur Anpassung an oder gar Unterwerfung unter russische Vorgaben zwingen wird.

Wird der »Westen« Maßnahmen ergreifen, um auch den Russen zu zeigen, dass die Sicherheit der Allianz unteilbar ist und die Bereitschaft und Verpflichtung zur kollektiven Verteidigung aller Mitglieder politisch und militärisch von Russland ernst genommen werden muss?

Tagung der Außenminister der NATO

Die ersten Sitzungen des Nordatlantikrats am 12. August und der Außenminister der EU am 13. August konzentrierten sich vorrangig auf die Frage eines Waffenstillstands, dem inzwischen zwar beide Präsidenten in Form des so genannten »Sechspunkte-Planes« zugestimmt haben. Aber schon die Verzögerung des Rückzugs der russischen Streitkräfte, die sich nach Gutdünken im fremden Land bewegen und militärische Anlagen sowie eine wichtige Eisenbahnbrücke der Georgier weiter zerstören, zeigt, dass die Begründung mit dem angeblichen Genozid durch Georgien nur die medial wirksame Deklaration für die Innenpolitik – aber in beträchtlichem Umfang auch nach außen darstellt.

Die Außenminister der Allianz am 19. August beschlossen zunächst die Unterstützung Georgiens beim Wiederaufbau heraus und darüber hinaus – als wesentliches Zeichen, dass Georgiens Entscheidungsfreiheit für den Westen durch die Bildung einer neuen »NATO-Georgien-Kommission« unterstützt bleibt. Ohne scharfe Worte wurde Russland deutlich signalisiert.

siert, dass Sitzungen des NATO-Russland-Rats nicht möglich sind, »solange die russischen Truppen Georgien praktisch besetzt haben«.

Ein möglicher Sondergipfel des Europäischen Rats unter der französischen Präsidentschaft und weitere Beratungen beider Organisationen – hoffentlich endlich auch gemeinsam – werden für die oben genannten Fragen gemeinsame Antworten entwickeln müssen. Zurzeit liegen die Einschätzungen sowohl innerhalb der EU als auch zwischen vielen europäischen Regierungen und den Vereinigten Staaten noch erkennbar weit auseinander. Mit dem Argument, dass beide – Russland und Georgien – gleichermaßen verantwortlich sind, und mit dem Hinweis, dass viele internationale Herausforderungen nicht ohne oder gar gegen Russland, sondern nur mit Russland zu bewältigen sein werden, könnte versucht werden, klare und eindeutige Aussagen zur russischen Politik in seinem »nahen Ausland« nicht zustande kommen zu lassen oder bis zur

Unwirksamkeit abzuschwächen. So würde eine realistische, aber zugleich unmissverständliche Politik gegenüber Russland scheitern. Letztlich wird es darauf ankommen, – vielleicht die Quadratur des Kreises – die Unterstützung eines uneingeschränkt souveränen Georgiens und seiner außenpolitischen Entscheidungsfreiheit ebenso zu verfolgen wie – bei klaren Aussagen zum russischen Verhalten – dennoch zu erreichen, dass ein generell konfrontativer, ja militärischer Vormarsch der Russen im »nahen Ausland« ebenso vermieden wird wie eine politische Ausgrenzung oder Isolierung Russlands.

Klar ist, dass die Russen darauf aus sein werden, mit allen möglichen politischen, ökonomischen und gegebenenfalls militärischen Maßnahmen die erkennbaren unterschiedlichen Interessen und politischen Handlungsweisen der Staaten in EU und NATO, insbesondere der USA mitten im Präsidentenwahlkampf, für ihre Zwecke auszunutzen, ja diese Unterschiede möglichst zu Gegensätzen innerhalb und zwischen beiden Organisationen zu verstärken oder bis zu einer Spaltung des »Westens« voranzutreiben. In Kenntnis dieser russischen Absicht wird das politische Handeln des »Westens« gegenüber Russland natürlich – auf der Grundlage der Ergebnisse für Georgien – die gesamte Region und die entscheidenden politischen Themen, wie Iran, Nordkorea, Proliferation von Massenvernichtungswaffen oder den Kampf gegen den Terrorismus einschließen müssen.



Treffen der NATO-Außenminister am 19. August in Brüssel; v.l.n.r.: der britische Außenminister David Miliband; US-Außenministerin Condoleezza Rice, Frankreichs Außenminister Bernard Kouchner und der finnische Außenminister; und amtierende OSCE-Vorsitzende Alexander Stubb. Foto: NATO

Wenn Russland im »nahen Ausland« seine Maximalforderung des Wohlverhaltens frei und demokratisch gewählter Regierungen nicht aufgeben, ja sogar eher noch ausdehnen will, dann muss der »Westen« auch überlegen und entscheiden, wie die funktionalen Themen der Weltpolitik zum Teil ohne Russland und das zentrale Thema der Souveränität des »nahen Ausland« trotz des Widerstands von Russland unterstützt und durchgesetzt werden kann.

Zusätzlich zu den schwierigen, ja kontroversen politischen Diskussionen in der EU und der NATO werden mittelfristig auch



Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier (li.) im Gespräch mit NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer. Foto: NATO

Auswirkungen auf die Konzepte für künftige militärische Einsätze und Kriege erneut überprüft werden. Russland hat gezeigt, dass es Land-, Luft- und Seestreitkräfte sowie Einsätze im elektronischen Internetspektrum gegen einen – allerdings militärisch drastisch unterlegenen – Gegner nach dem Prinzip von Colin Powell von 1990 »overwhelming mass« führen kann und will, noch nicht jedoch im Sinn von »overwhelming power« (Rumsfeld). Die zunehmende Konzentration künftiger militärischer Strategien und Konzepte und die Modernisierung der Streitkräfte in NATO und EU auf Stabilisierung und »Counterinsurgency« werden überdacht werden müssen, und die Herausforderungen konventioneller, klassischer Staatenkriege in diesem Jahrhundert werden in neuer Weise einbezogen werden müssen.

Zunächst aber wird die Allianz einen Konsens finden müssen, ob die Annäherung der Ukraine, aber auch Georgiens nunmehr ohne weitere Verzögerung in den kommenden Jahren verfolgt werden soll oder ob die »rote Linie« der Russen akzeptiert wird. So wie die Russen die Entscheidung des NATO-Gipfels in Bukarest zu ihren Gunsten interpretiert und genutzt haben, werden sie jedes Zögern oder Aufschieben in dieser Frage als Ermutigung für ihr weiteres Vordringen im »nahen Ausland« deuten und – entsprechend handeln.

Wenn neue »Vorhänge« in Europa vermieden werden sollen, dann darf sich der »Westen« eine Zersplitterung ebenso wenig leisten wie eine Einigung auf den kleinsten gemeinsamen mehr deklaratorischen politischen Nenner. Damit werden schon weit vor dem NATO-Gipfel in Kehl-Strasbourg im April 2009, vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen und vor dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags der EU für alle Mitgliedstaaten weitreichende politische Weichenstellungen gefordert werden, die keinen Aufschub ins nächste Jahr oder gar darüber hinaus erlauben. Die Ereignisse im Kaukasus sollten und könnten allen Mitgliedstaaten von NATO und EU endgültig klar machen, dass die kleinen und großen Zwistigkeiten zwischen beiden überwunden werden müssen, wenn der »Westen« in der Weltordnungspolitik eine geopolitisch entscheidende Rolle erreichen, behalten und verstärken will. ■

Wenn neue »Vorhänge« in Europa vermieden werden sollen, dann darf sich der »Westen« eine Zersplitterung ebenso wenig leisten wie eine Einigung auf den kleinsten gemeinsamen mehr deklaratorischen politischen Nenner. Damit werden schon weit vor dem NATO-Gipfel in Kehl-Strasbourg im April 2009, vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen und vor dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags der EU für alle Mitgliedstaaten weitreichende politische Weichenstellungen gefordert werden, die keinen Aufschub ins nächste Jahr oder gar darüber hinaus erlauben. Die Ereignisse im Kaukasus sollten und könnten allen Mitgliedstaaten von NATO und EU endgültig klar machen, dass die kleinen und großen Zwistigkeiten zwischen beiden überwunden werden müssen, wenn der »Westen« in der Weltordnungspolitik eine geopolitisch entscheidende Rolle erreichen, behalten und verstärken will. ■

Generalleutnant a. D. Dr. Klaus Olshausen ist Präsident der Clausewitz-Gesellschaft.